



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Gruppenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de **Mail:** gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz zum deutlichen Anstieg von Armut im letzten Jahrzehnt: Vom Skandal zum gesellschaftlichen Sprengstoff!

24.11.2022, Hannover

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen sieht im deutlichen Anstieg von Armut in den letzten zehn Jahren ein Bedrohungspotential für den demokratischen Zusammenhalt wie seit Jahrzehnten nicht.

Der neue Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass Armut massiv gestiegen ist und gesellschaftliche Teilhabe noch weiter eingeschränkt wurde

Klaus-Dieter Gleitze, LAK-Geschäftsführer, betont:

„Dass Armut trotz wirtschaftlich günstiger Rahmenbedingungen vor der Krise so stark gestiegen ist, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal ersten Ranges. Da die Armut als Folge der Dauerkrisen weiter steigt, wird aus dem Skandal gesellschaftlicher Sprengstoff.

Der finanzielle Rückstand von Haushalten unter der Armutsgrenze gegenüber dem mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung ist schon vor Beginn der Coronakrise um ein Drittel gegenüber dem Jahr 2010 gewachsen. Auch die Ungleichheit der Einkommen insgesamt in Deutschland hat laut Verteilungsbericht 2019 einen neuen Höchststand erreicht.

Arme Menschen können weder ausreichend heizen noch sich angemessen oder gar gesund ernähren. Sie sind kränker als der Rest und sterben früher.

Als Folge halten lediglich 68 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsgrenze die Demokratie für die beste Staatsform. Diese Demokratieverdrossenheit wird in Krisenzeiten zunehmen. Schon jetzt ist in sozialen Brennpunkten die Wahlverweigerung bis zu doppelt so hoch wie in gutsituierten Wohnvierteln und die AfD erzielt dort regelmäßig und durchgehend Rekordergebnisse.

Vor diesem Hintergrund ist der Kompromiss zum neuen Bürgergeld ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Die Erhöhung fällt viel zu gering aus, sie deckt noch nicht einmal die Inflation ab. Der Wegfall der Vertrauenszeit von einem sanktionsfreien halben Jahr wirkt bei der Integration in Arbeit kontraproduktiv, weil er bei den Betroffenen den Stress der ohnehin

schon belastenden Arbeitslosigkeit zusätzlich erhöht. Das Gleiche gilt für Reduzierung der die Vermögensschongrenze auf nur für ein Jahr. Das alles, obwohl die weitaus größte Mehrheit der Betroffenen nichts mehr wünscht als wieder in Arbeit zu kommen und die zu sanktionierenden Regelverletzungen bei deutlich unter drei Prozent liegen

Den Verantwortlichen dieses Kompromisses hätte es gut angestanden, sich konkret mit der Lebenswirklichkeit von Betroffenen auseinanderzusetzen statt mit ideologischen Scheuklappen Gesetze nach einem Menschenbild aus dem vorigen Jahrhundert zu realisieren. So lässt der Verteilungsbericht der Hans-Böckler-Stiftung nur eine Schlussfolgerung für das Handeln der Verantwortlichen in den letzten Jahren und aktuell in der Krise zu:

So nicht. Zu spät, zu wenig und regelrecht kontraproduktiv.

Die LAK sagt: Anders ist besser und fordert daher:

- *Sofortige Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze und Grundsicherung um 200 Euro im Monat.*
 - *Sanktionsmoratorium für ein Jahr*
 - *Mobilitätsticket für 9 Euro, das sich auch Arme leisten können, um z. B. Arbeit suchen zu können.*
 - *Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose*
 - *Betroffene an der Armutsbekämpfung beteiligen.*
 - *Bessere Aufklärung und Information über Hilfen, vor allem in sozialen Brennpunkten.*
- Betroffene waren schon vor der Krise nicht ausreichend über ihnen zustehende Hilfen informiert oder haben sie aus Scham nicht beansprucht.*
- *Weg mit Gießkannenförderung wie Energiepauschalen für Menschen, die sie nicht brauchen*

Die Finanzierung der zusätzlichen Mittel und Instrumente wird über aktuelle Steuermehreinnahmen und eine zu installierende Vermögensabgabe für Superreiche gewährleistet.

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze - LAK-Geschäftsführer

Kontakt: 0160 99 50 41 61